Mansour fordert mehr Aufklärung an Schulen gegen Antisemitismus

13. Februar 2020



Mainz (KNA) Der Islam- und Antisemitismus-Experte Ahmad Mansour fordert mehr Aufklärung an Schulen als wirksamstes Mittel im Kampf gegen Judenfeindlichkeit. Von der Politik erwarte er hier tatsächliche Reformen, sagte der deutsch-israelische Autor und Psychologe am Mittwoch im ZDF Morgenmagazin: Jeder Lehrer müsse schon in der Ausbildung darauf vorbereitet werden, die Schüler beim Thema Antisemitismus zu erreichen und ihnen das notwendige Wissen zu vermitteln.

Ein Großteil der Lehrer sei dazu bereit, so Mansour, aber sie müssten auch gründlich dafür ausgebildet sein und im Lehrplan und im Schulalltag die Chance haben, so ausführlich wie nötig auf das Thema einzugehen. Auf alle Fälle seien junge Leute in der Schule besser zu erreichen als etwa in Moscheen und Synagogen. Auch der Einfluss der Islamverbände sei hier nicht allzu groß.

Projekte, bei denen etwa Imame und Rabbiner gemeinsam gegen Antisemitismus auftreten, seien lobenswert und gut gemeint, betonte der Experte weiter. Aber ihr Einfluss sei beschränkt und in der Regel nur punktuell. Wichtig sei aber eine nachhaltige Aufklärung und Wissensvermittlung, denn das Wissen sei oft sehr gering, während Hass, Verschwörungstheorien und Vorurteile gegen Juden und gegen Israel weit verbreitet seien.

Antisemitismus gebe es überall in der Gesellschaft, ergänzte Mansour: links, rechts, in der

Mitte der Gesellschaft, auch unter jungen Muslimen. Und die Judenfeindlichkeit werde nach seiner Beobachtung aggressiver. Auf die Frage nach der These, nach der eine zunehmende Islamfeindlichkeit zu mehr Judenfeindlichkeit bei Muslimen führe, sagte der Experte, er wolle dies nicht vermischen.

Die Gründe für Antisemitismus seien vielfältig, so Mansour weiter: Das habe sicher mit dem Nahostkonflikt zu tun, aber auch mit Verschwörungstheorien und mit religiösen Inhalten. Aber „man kann nicht immer Täter zu Opfern machen oder umgekehrt, sondern man muss die Muslime in die Verantwortung nehmen und sie versuchen, auf dieser Ebene zu erreichen“.

Mit Blick auf das Internet und Debatten in Netzwerken wie Twitter, Facebook oder Instagram forderte Mansour mehr Kontrolle: „Es kann nicht sein, dass wir nicht in der Lage sind, gegen Verschwörungstheorien und Hasskommentare wirksam vorzugehen“. Hier hätten radikale Stimmen von allen Seiten die Oberhand – „und das ist ein Zustand, den eine Demokratie nicht lange ertragen kann“.

© KNA. Alle Rechte vorbehalten. (KNA - kkmlm-89-00005)

Stand: 13. November 2026